

Affolderbach, Martin; Scheunpflug, Annette
Parteilichkeit oder Komplexität? Anmerkungen zur Diskussion um die Verwendung unterschiedlicher Theorieansätze in Hinblick auf eine weltbürgerliche Erziehung. Eine Erwiderung an Hans Bühler, Asit Datta, Wolfgang Karcher und Gottfried Mergner

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 19 (1996) 3, S. 44-48



Quellenangabe/ Reference:

Affolderbach, Martin; Scheunpflug, Annette: Parteilichkeit oder Komplexität? Anmerkungen zur Diskussion um die Verwendung unterschiedlicher Theorieansätze in Hinblick auf eine weltbürgerliche Erziehung. Eine Erwiderung an Hans Bühler, Asit Datta, Wolfgang Karcher und Gottfried Mergner - In: *ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik* 19 (1996) 3, S. 44-48 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-236719 - DOI: 10.25656/01:23671

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-236719>

<https://doi.org/10.25656/01:23671>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgaepaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Mit: Mitteilungen der Kommission "Bildungsforschung mit der Dritten Welt"

Interkulturelle und entwicklungs- pädagogische Erwachsenenbildung

Eine Zwischenbilanz für die 90er Jahre

Aus dem Inhalt:

- Die Zukunft eines multikulturellen Europa
- Anregungen zur ökologischen und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit
- Interkulturelle Begegnungen in der politischen Bildungsarbeit



Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

19. Jahrgang September **3** 1996 ISSN 0175-0488D

- | | | |
|--------------------------------|-----------|--|
| Interview | 2 | Gefahren und Chancen für Eurotopia - die Zukunft eines multikulturellen Europa. Ein Gespräch zwischen Johan Galtung und Johannes F. Hartkemeyer |
| Horst Siebert | 5 | Interkulturelle Erwachsenenbildung. Stand und Perspektiven |
| Heino Apel | 8 | Für einen Perspektivwechsel in der entwicklungsbezogenen Erwachsenenbildung |
| Monika Schmidt | 11 | Interkulturelles Lernen als „Dennoch-Pädagogik“. Einige methodische Anregungen |
| M. Beyersdorf | 15 | Anregungen zur ökologischen und entwicklungspolitischen Bildungsarbeit |
| Fischer/Schneider-Wohlfart | 19 | Interkulturelle Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung 1994 |
| Lothar Heusohn | 23 | Global denken - lokal handeln: „Partnerschaft darf keine Einbahnstraße sein...“ |
| R. Mergenthaler/
J. Schmatz | 28 | Plakate gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Ein Ausstellungsprojekt im öffentlichen Raum einer Kleinstadt |
| S. Frech / S. Keitel | 30 | Auf die Zusammen-Setzung kommt es an! Interkulturelle Begegnungen in der politischen Bildungsarbeit |
| ZEPpelin | 38 | „Ein jeder sammle ...“ |
| DGfE / BDW | 39 | Nachrichten und Diskussion |
| Kommentar | 49 | Alfred K. Tremml: Kulturkampf in Brandenburg |
| | 51 | Rezensionen / Kurzrezensionen |
| | 59 | Informationen |

Impressum: ZEP - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 19.Jg 1996 Heft 3. Herausgeber: Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V. Schriftleitung: Alfred K. Tremml Redaktionsanschrift: 21521 Dassendorf, Pappelallee 19, Tel. 04104/3313. Redaktions-Geschäftsführung: Dr. Annette Scheunflug, Tel. 040/6541-2565 Technische Redaktion: Dr. Arno Schöppe, Tel.: 040/6541-2921. Ständige Mitarbeiter: Prof. Dr. Hans Bühler, Weingarten; Prof. Dr. Asit Datta, Hannover; Dr. Hans Gängler, Dortmund; Pfr. Georg-Friedrich Pfäfflin, Stuttgart; Dr. Ulrich Klemm, Ulm; Prof. Dr. Renate Nestvogel, Essen; Prof. Dr. Gottfried Orth, Karlsruhe; Dr. Annette Scheunflug, Hamburg; Dr. Klaus Seitz, Nellingsheim; Barbara Toepfer, Marburg; Prof. Dr. Alfred K. Tremml, Hamburg; Kolumnen: Christian Graf-Zumsteg (Schweiz); Veronika Prasch (Österreich); Barbara Toepfer (ZEPpelin), Dr. Klaus Seitz (Bildungspolitischer Kommentar). Technische Bearbeitung/EDV: Sigrig Gorgens. Verantwortlich i.S.d.P.: Der geschäftsführende Herausgeber. Abbildungen: (Falls nicht bezeichnet) Privatfotos oder Illustrationen der Autoren. Titelbild: Jnge Schmatz. Diese Publikation ist gefördert vom Ausschuß für Entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik, Stuttgart. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlorfreiem Papier gedruckt.

Anmerkung: Generische Maskulina und Feminina werden im Text, falls von den Autoren nicht anders vermerkt, dem Sprachgebrauch im Deutschen entsprechend, geschlechtsneutral verwendet

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement DM 36,- Einzelheft DM 9,50; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Verlag: Verlag für Interkulturelle Kommunikation (IKO), Postfach 90 04 21, 60444 Frankfurt/ Main, Tel.: 069/784808; ISSN 0175-0488 D

Übertragung von Diskussionsrunden, in denen jedeR TeilnehmerIn elf ÜbersetzerInnen braucht, sehr kompliziert und kostenaufwendig ist. Die Veränderungen, die sich bisher vollzogen haben, bewertet Sparks positiv. Partizipation sei möglich geworden durch die Mitarbeit in einem der zahlreichen Komitees oder auch durch die Öffnung des Parlamentes, bei dessen Debatten jedeR zuhören könne, während das Apartheidssystem dazu langwierige Anträge für einen ohnehin ausgewählten Personenkreis benötigt hatte. Die Öffnung der Institutionen zu einer zivilen Gesellschaft sei ein komplizierter demokratischer Prozeß, in dem nicht ethnische Fragen im Vordergrund stehen, sondern in dem es um die Verbesserung der Lebensqualität aller SüdafrikanerInnen geht. Das Dilemma liegt dabei zwischen der Transformation und dem Erhalt der Strukturen. Viele weiße SüdafrikanerInnen haben scheinbar noch immer nicht verstanden, wie übervorteilt sie waren und jetzt noch immer sind. Sie hielten es für selbstverständlich und verwechseln nun Privilegien mit Rechten. Sparks kritisiert die „abschottende Haltung“ und mangelndes Wissen innerhalb der weißen Bevölkerungsgruppe. Sie würdigten nicht das Angebot der Versöhnung. Deswegen hofft er auf die Arbeit der Wahrheitskommission, die den Umfang und das Ausmaß der Apartheid offenlegt. Es sei an der Zeit, daß Weiße die großzügige Geste der Versöhnung verstehen und ihrerseits diese Großzügigkeit erwiderten.

Diese Idee wurde von Neville Alexander in der Abschlußdiskussion aufgegriffen und zugleich konkretisiert. Er könne sich z.B. eine fünf-jährige Steuererhöhung für Weiße als Geste vorstellen, eine Art Solidarbeitrag, wie nach deutschem Muster. Der Wandlungsprozeß dürfe nicht harmonisiert werden. Auch wenn der politische und rechtliche Rahmen für die Staatenbildung geschaffen ist, existieren sehr viele Spannungen und Widersprüche an der Basis. Jetzt gelte es die Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen voranzutreiben.

Die Abschlußveranstaltung des Symposiums machte vor allem die Ambivalenzen deutlich in denen Südafrika sich befindet. Viele Menschen sind unzufrieden mit dem Kompromiß. Auch wenn es Fortschritt gibt, ist der Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit nicht beendet. Dennoch gibt es einen Konsens, und es wird versucht, diesen so breit wie möglich auszuweiten und daran weiterzuarbeiten. Von der Kohärenz des südafrikanischen Staates wird es abhängen, ob dieser Prozeß auf lange Sicht zu einem erfolgreichen Abschluß kommt.

Claudia Lohrenscheid

**Martin Affolderbach
Annette Scheunpflug**

Parteilichkeit oder Komplexität?

Anmerkungen zur Diskussion um die Verwendung unterschiedlicher Theorieansätze in Hinblick auf eine weltbürgerliche Erziehung

Ein Erwiderung an Hans Bühler, Asit Datta, Wolfgang Karcher und Gottfried Mergner

Konflikte sind nicht selten die Oberfläche von sehr tiefgründigen und nachhaltigen Veränderungen der Wirklichkeit. Dies gilt auch - und vielleicht in ganz besonderer Weise - für wissenschaftliche Diskussionen und Debatten. Dabei gibt es Randkonflikte, die Nebenschauplätze abgeben, aber nicht wert sind, daß man ihnen größere Aufmerksamkeit widmet; aber es gibt auch Konfliktfälle, denen eine paradigmatische Bedeutung zukommt, weil man - auch wenn es auf den ersten Blick nicht so scheint - an ihnen sehr wesentliche und existentielle Veränderungen oder Weggabelungen erkennen kann.

1

Ein solches Feld scheint die Theoriedebatte um das entwicklungspolitische oder globale Lernen zu sein. Dieser Bereich gehört deshalb zu den ernst zu nehmenden Konfliktfeldern unserer Disziplin, weil sich hier zwei sehr grundlegende Dimensionen heutiger Realität schneiden: nämlich einerseits die Entwicklung sehr unterschiedlicher und quasi in Antagonismus zueinander stehender Weltregionen einschließlich der Frage nach ihrer (gemeinsamen) Zukunft und andererseits die Dimension des politischen und ethischen Bewußtsein eines Bürgers auf der nördlichen Erdhalbkugel zu diesem Problem.

In der Wissenschaft geraten hier zwei Denkmuster in der theoretischen Begründung und dem Grundansatz entwicklungspolitischer oder globaler Bildung derzeit in Konflikt. Den einen Ansatz kann man abgekürzt mit dem Begriff der „Parteilichkeit“ beschreiben, den zweiten - ohne Zweifel jüngeren - mit dem Begriff der „Komplexität“. „Parteilichkeit“ und „Komplexität“ sind keine komplementären Begriffe. Inwieweit sie sich wechselseitig ein- oder ausschließen wird die Diskussion zeigen. Diese Art der Etikettierung soll zei-

gen, daß es sich nicht um komplementäre Perspektiven handelt, die sich ausschließen, sondern um differierende Sichtweisen auf ein und den selben Gegenstand: gewissermaßen um unterschiedliche „Theoriebrillen“, die einmal „Parteilichkeit“ und einmal „Komplexität“ zum Focus wählen.

Der erste Ansatz speist sich aus der Überzeugung, daß wissenschaftliche Analyse gerade in diesem Feld nicht neutral sein kann, sondern einer kritischen Wertung bedarf. Wird diese Wertung ernst genommen, muß sich die Wissenschaftlerin bzw. der Wissenschaftler zu dem Sachgegenstand und den Erkenntnissen auch als ethisch verantwortlichen denkender Zeitgenosse und Bürger ins Verhältnis setzen. Erkenntnis und Politik, das heißt die Veränderung der kritisierten Verhältnisse auf der Basis der Analysen, bilden eine Einheit. Wissenschaft und Politik sind untrennbar verbunden. Die Schlußfolgerung im Hinblick auf entwicklungspolitische Bildung ist dann konsequent: Erkenntnis führt zu Parteilichkeit. Bildung und Engagement sind Geschwister.

Den anderen Ansatz haben wir deshalb mit dem Begriff der „Komplexität“ markiert, weil er sich system- und evolutionstheoretischer Denkmodelle bedient. Diese sind u.a. das Bemühen um Erfassen multidimensionaler Probleme und komplexer Verflechtungen eines Gegenstandsbereiches gekennzeichnet. Diese Modelle basieren auf der Grundeinsicht, daß gesellschaftliche Veränderungen immer multi-kausal sind, also nicht nur Ergebnis eines engagierten Eingriffs in bzw. politischer Einwirkung auf die Wirklichkeit sind. Oft haben gute und ethisch legitime Intentionen keinesfalls die intendierten Erfolge - oder verursachen zwar positive Folgen im einen Bereich, aber negative Nebenfolgen in Nachbarbereichen. System- und evolutionstheoretische Denkmodelle zeigen die Komplexität von Abläufen auf und bestreiten deren Steuerbarkeit allein durch eine als richtig erkannte und politisch umgesetzte Absicht. System- und evolutionstheoretisch orientierte Ansätze wurden durch zahlreiche technische und naturwissenschaftliche Sachbereiche und Theorien (z.B. in der Synergetik und Chaosforschung) angeregt. Sie sind interdisziplinär angelegt und überbrücken damit alte Trennungen in der Theoriebildung zwischen Individuum (Psychologie), gesellschaftlichen Strukturen (Soziologie), Natur (Naturwissenschaften) und „Kultur“ (Technische Wissenschaften). Diese Theorieansätze beschreiben sich selbst als „Supertheorien“, als Theorieansätze mit hoher Erklärungskraft für unterschiedlichste gesellschaftliche Gebiete. Den Erkenntnisgewinn, den man sich mit diesem Ansatz erhofft, besteht in dem größeren Verständnis der Steuerungsabläufe und Bedingungsgeflechte verschiedener Lebensbe-

reiche und damit einer realistischeren Einschätzung politischer, wirtschaftlicher oder bildungsorientierter Eingriffsmöglichkeiten.

Wir möchten zunächst noch nicht die Kontroverspunkte dieser beiden Ansätze beschreiben und in die Diskussion miteinander bringen, sondern zunächst einmal versuchen, den Gesamtzusammenhang zu interpretieren, um den Standort herauszufinden, von dem aus sich ein Verständnis der Kontroverse darstellen läßt. Denn Vertreter beider Ansätze haben es offenkundig schwer, einander zu verstehen oder verständlich zu machen. Deswegen scheint nicht sosehr das Fingerhakeln im Bereich einzelner Begriffe sinnvoll, also die offensive Diskussion miteinander oder gegeneinander, sondern eine vorläufige und zeitweilige Distanz um Orientierung zu gewinnen. Es dürfte sich lohnen, zunächst einen Schritt zurückzutreten.

Unsere These ist, daß man eine produktive Auseinandersetzung dadurch erreichen oder zumindest befördern kann, wenn man die beiden Ansätze als Antwort auf unterschiedliche zeitgeschichtliche Situationen versteht.

2

Der „Parteilichkeitsansatz“ ist unseres Erachtens am besten vor dem Hintergrund der Umwälzungen besonders der sechziger Jahre zu verstehen. Die Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre ist insofern ein äußerst wichtiges Ereignis, weil sich in ihr eine tiefgreifende gesellschaftliche Veränderung in der Symbiose von Wissenschaft und Politik vollzog. Die Moral der Adenauer-Gesellschaft wurde als scheinheilig, oberflächlich und verlogen entlarvt und auf den Prüfstand einer rationalen Rechtfertigung gezerzt, die sie damals zumindest in weiten Bereichen nicht vorweisen konnte. Die Forderung nach wissenschaftlichen Begründungen und rationalen und kritischen Analysen der Gesellschaft in allen ihren Lebensbereichen stand auf den Fahnen der auf Veränderung drängenden gesellschaftlichen Gruppen.

Am nachdrücklichsten läßt sich der Wechsel des Paradigmas an dem damals sehr oft zitierten Diktum von Karl Marx veranschaulichen, daß die Philosophen die Welt nur interpretiert haben, es jetzt aber darauf ankomme, sie zu verändern. Die Moral der Adenauerzeit war individualistisch. Nunmehr wurde erkannt, daß sich in dieser Moral ein „verkehrtes Weltbewußtsein“ (Karl Marx), ein entfremdetes Menschsein widerspiegelt bzw. widerspiegeln könne. Die neue Freiheit bestand in der Selbstkritik, der rationalen Klärung der eigenen, entfremdeten Moral und in der Bewußtwerdung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten. Dies war eigentlich die Geburtsstunde des „homo politicus“ nicht nur für eine kleine Eli-

te, sondern in seinen Tiefenwirkungen für eine breite Bevölkerungsbasis. Theorie und Praxis finden im politischen Handeln des aufgeklärten Bürgers ihre Einheit.

Jürgen Habermas faßte bereits 1963 diesen Punkt so zusammen: „Einheit von Theorie und Praxis bezeichnet die Wahrheit, die herzustellen ist, und zugleich den obersten Maßstab der Vernunft, soweit innerhalb der Entfremdung bereits alle Anstrengungen vernünftig heißen dürfen, die auf die Herstellung der Wahrheit zugehen - Vernunft ist der Zugang zur künftigen Wahrheit.“ Der evangelische Theologe Jürgen Moltmann hat wenige Jahre später (1968) in der Folge dieses Ansatzes - und vor allem mit Bezug auf Jürgen Habermas und Ernst Bloch - die Konsequenzen für eine politische Theologie gezogen. „Das Reich, das Jesus durch seine Existenz verkündigt und vertritt, ist nicht nur der Seelen Seligkeit, sondern ebenso Schalom für den Leib, Frieden auf Erden und Befreiung der Kreatur von der Vergänglichkeit.“ Theologie und Ethik werden zum politischen Programm.

Dieses Programm fand freilich nicht nur Zustimmung: Nicht wenige warfen den Vertretern dieses neuen Paradigmas Agitation für den marxistischen Sozialismus vor, um sie durch die Identifizierung mit den „atomgerüsteten Feinden im Osten“ zu diskreditieren.

3

Die Erkenntnis der Entfremdung des eigenen Bewußtseins war der erste Schritt, dem sich unweigerlich und völlig konsequent der zweite anschloß, nämlich die Frage, in welchen Bereichen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft und darüber hinaus sich Entfremdung am signifikantesten darstellte. Die internationalen Verflechtungen bekamen basale Bedeutung. Der verarmte Süden war zu dem Zeitpunkt im geschichtlichen Prozeß der politischen Selbständigkeit begriffen. Dieser Entkolonialisierungsprozeß war aber noch keineswegs abgeschlossen, sondern wurde noch auf Jahre hin von zum Teil bis heute andauernden blutigen Konflikten begleitet.

Auf diese Herausforderungen reagierte die entwicklungspolitische Bildung. Von den beschriebenen Rahmenbedingungen her war es klar und folgerichtig, daß sie (a) ihren Kern hatte in der moralischen Sensibilisierung für Situationen von Entfremdung und Abhängigkeit, (b) die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturen und Abhängigkeiten nicht nur kritisch, sondern auch wissenschaftlich fundiert analysierte, (c) durch die Identifizierung von Akteuren von Abhängigkeit und Unterdrückung zur Parteilichkeit fand und (d) politische Aktionen und konkretes Handeln als wesentlichen Bestandteil und explizites Ziel

entwicklungspolitischer Aktivitäten entfaltete. Politisch aktive Gruppen waren somit die Kernzellen und - zumindest in den Anfängen - die wesentlichen Träger entwicklungspolitischen Lernens. Die enge Verzahnung von politischem Handeln, Bildung und Wissenschaft fanden ihre Entsprechung in Engagement, Betroffenheit und kritischer Analyse.

4

Sowohl das politische Gesamtszenario als auch die Bewußtseinsentwicklung sind in den achtziger und den neunziger Jahren selbstverständlich weitergegangen, ohne daß man einzelne Entwicklungsstränge klar voneinander oder in ihrer Folge trennen könnte. Es ist aber sicherlich nicht falsch zu skizzieren, daß Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre die Auseinandersetzung um die Friedenspolitik ein gesellschaftliches Konfliktfeld war, in dem sich die eben beschriebene Konstellation erneut bewährte. Bei den großen Friedensdemonstrationen Anfang der achtziger Jahre war die Einschätzung noch ungebrochen, daß man mit ausreichender Mobilisierung von Bürgern, Aufklärungsarbeit und öffentlichen Demonstrationen politische Grundorientierungen verändern könne. Es bedürfe nur eines hinreichenden Maßes an Engagement, Betroffenheit und kritischer Analyse, um gegen die Macht und Unvernunft der Etablierten anzukämpfen und Erfolg zu haben gegen ein Politik des atomaren Rüstungswettlaufes und global militärischer Mammut Szenarien.

Doch im Rückblick, also vom heutigen Standpunkt aus gesehen, gesellen sich zu dieser in sich klaren und rational überzeugenden Konzeption Zweifel, vor allem zwei. Der erste Zweifel besteht darin, daß die engagierten Friedensdemonstrationen weder Nachrüstung noch eine grundlegende Wende in der Militärpolitik haben erreichen können, daß dies jedoch - zumindest in einem bestimmten Maße - durch den Zusammenbruch des sozialistischen Blocks in Osteuropa quasi wie über Nacht eingetreten ist. Niemand hatte ernstlich diese Wende vorausgesehen. Die entscheidenden Veränderungen kamen nicht durch die intendierte Zusammenarbeit von Bildung und Politik hierzulande. Diese tiefgründigen und machtvollen Veränderungen von der Elbe bis nach Wladiwostok geschahen durch ein fast jedermann überraschendes Zusammenspiel von Faktoren. Die Demonstrationen und Bürgerrechtsaktivitäten von mutigen DDR-Bürgern waren ein Faktor, aber nicht die alleinige Ursache, und daß niemand ihnen nach der Wende zumindest ihren Anteil wirklich dankte, ist eine der bedauerlichen Ungerechtigkeiten der Weltgeschichte.

Bereits in der wissenschaftstheoretischen Diskussion Anfang der siebziger Jahre wurde

zwischen den Exponenten Jürgen Habermas auf der einen und Niklas Luhmann auf der anderen Seite von Habermas die Notwendigkeit einer - wenn nötig auch mit Mitteln der politischen Revolution durchzusetzenden - Veränderung der Gesellschaft begründet. Niklas Luhmann kontierte mit der Aussage, daß solche „Revolutionäre“ gar nicht wahrhätten, wie schnell sich die Gesellschaft verändere. In jenen Jahren wurde Luhmanns Diktum von vielen als politisch ignorant und zynisch empfunden. Der Zusammenbruch des sozialistischen Machtbereichs ist jedoch ein Ergebnis von Prozessen, die sich offensichtlich in einem komplizierten Zusammenspiel vieler Faktoren ergeben. Daß dabei auch intentional geplante, politische Steuerungen eine Rolle spielen, ist nicht zu bestreiten. Doch sie sind eben nur ein Faktor.

5

Daß diese neuen zeitgeschichtlichen Konstellationen offensichtlich für Verhaltens- und Wahrnehmungsmuster von Menschen von großer Bedeutung sind, macht gerade im Bereich der Friedensarbeit und Friedenspädagogik der Vergleich zwischen der Nachrüstung, dem Golfkrieg und dem Balkankrieg deutlich.

Gerade die Bürgerkriegssituation auf dem Balkan hat so gut wie gar keine öffentlichen Demonstrationen von im Friedensbereich Engagierten hervorgebracht. Im Vergleich zu den Strategien gegen die Nachrüstung und gegen den Golfkrieg kann man fast von einer Orientierungslosigkeit und Lähmung der Friedenspädagogik und der Friedensengagierten sprechen. Dies heißt allerdings nicht, daß Menschen hier teilnahmslos oder inaktiv gewesen wären. Die Konstellation im Hinblick auf den Bürgerkrieg auf dem Balkan führte zu einer großen Hilfsbereitschaft und humanitären Aktivitäten auch im Bereich der Friedensgruppen. Allerdings wurden die klaren politischen Optionen und Visionen, wie denn dieser Konflikt beigelegt werden könnte, von dieser Seite nicht - oder höchstens in kleinen Ansätzen - entwickelt. Im Gegenteil: Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien - zugegebenermaßen in Verbindung mit der neuen Konstellation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts - hat dazu geführt, daß die Friedensgruppen und die Friedensarbeit in eine sehr grundlegende Phase der Neuorientierung eingetreten sind. Diejenigen, die den Friedensengagierten vorwerfen, sie seien mit ihrem Engagement im humanitären Bereich unpolitisch geworden, haben zwar vordergründig recht, nehmen aber nicht wahr, welcher qualitative Umschlag durch diese neue friedenspolitische Herausforderung entstanden ist. Die neuen Stichworte, um die sich die konzeptionellen Entwürfe drehen, heißen „peaceful settlement of conflict“, Konfliktprävention und Konfliktmediation.

Für Konzepte, die in diese Richtung gehen, scheint das alte Modell entwicklungs-politischer Bildung nur bedingt oder gar nicht zu taugen. Der unmittelbare Zusammenhang zwischen Erkenntnis, Ethik und Handeln wird insofern teilweise aufgelöst oder zumindest gelockert, als im Bereich von Mediation und Konfliktprävention sehr unterschiedliche Fähigkeiten und professionelle Kenntnisse erforderlich sind. Manche Problembereiche lassen sich nur durch Geheimdiplomatie zu Erfolgen bringen. Friedensfördernde Einsätze in anderen Problembereichen sind nur in Zusammenarbeit mit polizeilichen oder militärischen Einheiten möglich, was für viele Engagierte - vor allem pazifistisch Orientierte - eine große Anfechtung ist.

Die neuen Herausforderungen im Bereich der Friedenspädagogik erfordern also Konzepte mit einer veränderten Grundstruktur und zwar einer solchen, die diversifizierter auf die jeweils anzustrebenden Ziele eingeht, sehr unterschiedliche Mittel und unterschiedliche Personen einsetzen muß. „Parteilichkeit“ als solche erscheint gerade in solchen Konfliktfeldern als hinderlich zur Erreichung medienorientierter Ziele.

6

In die achtziger Jahre gehört ebenfalls auch die ökologische Diskussion. Natürlich gehen Ansätze der ökologischen Bürgerbewegungen bis in die sechziger Jahre zurück. Auch die Mutation der grünen Bewegung in eine Partei wäre sicherlich interessant zu interpretieren. Doch uns kommt es in diesem Zusammenhang vor allem auf die hier interessierende Dimension der Grundlagenreflexion an.

Dazu ist ein Blick in die Publikationen von Ulrich Beck sinnvoll, dessen Thesen und Analysen gleichzeitig auch ein Beitrag zur Neujustierung einer Sozialtheorie - oder möglicherweise auch eine Sozialphilosophie - vor dem Hintergrund eines Umweltkatastrophenszenarios sind. Die ökologischen Bedrohungen bedeuten eine völlig neue Dimension von Gefahren, da sie - wie im Falle der Nuklearbedrohung - weder zeitlich noch räumlich eingrenzbar sind. Sie unterscheiden in ihren Auswirkungen weder zwischen arm und reich noch zwischen schuldigen Verursachern und unschuldigen Opfern. Sowohl Tschernobyl als auch die Ozonerstörungen wurden zum Exempel einer völlig neuen Bedrohungssituation. Die Abschätzung und Kontrolle von Ursachen und Folgen wird unabschätzbar und unnachvollziehbar. Viele Umweltgefahren stellen eine neue Form von Gleichheit unter allen betroffenen Opfern her, unabhängig von deren Sozialzugehörigkeit, Nationalität, Gesinnung oder Einkommen.

Das oben skizzierte Muster entwicklungs-

politischer Bildung ist hier nur zum Teil angemessen und sinnvoll. Die atomare Bedrohung durch die Nutzung von Kernkraftwerken ist in sich ein klarer Feind. Die neulichen Castor-Transporte nach Gorleben mobilisierten deshalb auch Demonstranten so wie in Mutlangen, Wackersdorf und an anderen fast schon symbolischen Orten, weil der Bedrohungsherd klar identifizierbar ist. In anderen Fällen sind Ursachen und Folgen extrem komplex verwoben: Wer kann sicher sagen, wie die Überflutungen in Bangladesch durch eine Verhaltensänderung des Bundesbürgers nachhaltig gestoppt werden können?

Die alltägliche Risiko- und Folgenabwägung ist noch nicht pädagogisch domestiziert: Soll ich bei meinem Einkauf die begasten EG-Äpfel aus Belgien nehmen - nur 500 km über Autobahnen transportiert - oder die billigen hübschen aus Neuseeland (10.000 km per Air-Cargo!) oder noch mal ins Auto steigen, 15 km zum Dritte-Welt-Laden fahren und die aus „gerechtem Handel“ aus Chile kaufen (neben dem Benzinsgeld auch noch reichlich teuer) oder soll ich noch 20 km weiter fahren, um welche aus hiesigem ökologischen Anbau - möglicherweise wurmstichige und unansehnlich - zu besorgen, vielleicht sind die Verkäufer allerdings Menschen, die gleichzeitig Kontakte zu einer fragwürdigen New-Age-Gruppe pflegen, die ich auf keinen Fall unterstützen möchte? Die Kenntnis von Bedrohungszusammenhängen und -folgen muß heute noch durch den Trichter der Abwägung von Geld, Zeit, Image und Alltagsorganisation. Verwirrung tritt ein angesichts einer Mehrzahl miteinander konfligierender Maximen. Es verschwimmt vor den Augen, wo denn der Schnittpunkt von Engagement, Betroffenheit und kritischer Analyse wirklich zu finden ist.

7

Ähnliche Entwicklungen, wie die bereits für die Ökologie- und die Friedensdebatte beschriebenen, finden sich auch im Gegenstandsbereich der entwicklungsbezogenen Bildung. Nachdem das weiße Regime der Apartheid, das bisher letzte „Feindbild“, das Solidaritätsbewegungen über einen langen Zeitraum hinweg aktivieren konnte, geschliffen ist, sind kaum noch klare Konfrontationen zu erkennen. Eindeutige Unrechtsituationen, die Solidarität bündeln und klare Handlungsstrategien, wie etwa die Boykott-Aktion „Kauf keine Früchte der Apartheid“ erkennbar werden lassen, gibt es immer weniger. Der Aufstieg der schwarzen Eliten, die teilweise Verdrängung von Selbsthilfeprojekten und kleinen Nichtregierungsorganisationen durch den aus dem Ausland zurückkehrenden Widerstand sind - ebenso wie in der Entwicklung Palästinas - Themen, die auf nur wenig Resonanz sto-

BDW BDW

Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft / Kommission für Bildungsforschung mit der Dritten Welt

ßen. Die Beurteilung heutiger südafrikanischer Politik wird immer schwieriger, immer komplexer und immer weniger in Kategorien wie „schwarz - weiß“, „Macht - Ohnmacht“ (zumindest von außen) erfassbar, obwohl sich die soziale Situation vieler schwarzer Südafrikaner nur graduell verändert hat.

8

„Komplexität“ ist in der Tat der kritische Punkt, an dem die bisherigen konzeptionellen Orientierungen ins Wanken geraten. Die behauptete Einheit von Erkenntnis und Handeln wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, doch es wird offenkundig, daß sie allein nicht mehr ausreicht, um die gegenwärtigen Anforderungen zu bewältigen und handlungsanleitend zu wirken. Das zeigt sich vor allem - wie an den obigen Beispielen bereits angedeutet - an drei Punkten:

- Die unterstellte Einheit von Handeln und Bewirken, die grundlegend war in der bisherigen entwicklungspolitischen Bildungskonzeption, zerbricht, weil sich der Erfolg in der Realität oft nicht einstellt. Vielmehr steht die entwicklungsbezogene Bildung vor Zurechnungsproblemen. Der Zusammenhang zwischen der guten und rational begründeten Intention eines entwicklungspolitisch engagierten Bundesbürgers und der positiven Auswirkung in einer hoffnungslosen Situation in einem Dritte-Welt-Land ist viel komplexer als angenommen. Die Katastrophe in Ruanda oder die derzeit sich ausweitende in Burundi sind - bedauerlicherweise - nicht mit ein paar Sammel- oder Solidaritätsaktionen in Köln oder Berlin oder mit Druck auf die Bundesregierung zu lösen. Es ist deshalb richtig zu fragen, ob handlungsorientierte Theoriekonzepte angemessen sind oder nicht einer grundlegenden Neuorientierung bedürfen.

- Dasselbe gilt analog für das Verhältnis von Planung und Politik gegenüber gesellschaftlicher Veränderung. Hier ist ein Verlust von Steuerungsmöglichkeiten erkennbar. Die Politik ist sich mehr und mehr darüber im Klaren, daß sie nicht einen bestimmten wünschenswerten Zustand intendieren und realisieren, sondern nur die Rahmenbedingungen für positive Entwicklungen verbessern kann. Dies gilt sowohl für die reichen Gesellschaften im Norden, als auch für die im Süden und für die gesamte Entwicklungszusammenarbeit. Der Optimismus einer anzielbaren Weltveränderung ist verfliegen, häufig geht es nur noch um die Vermeidung von Katastrophen. Um an den Habermas-Luhmann-Disput anzuknüpfen: Es geht weniger darum, daß die Wirklichkeit zu verändern ist, als darum, zu verhindern, daß sie sich zu schnell in Richtung Abbau von sozialer und menschenrechtlicher Standards verändert.

- Damit gerät auch der unmittelbare Zusammenhang von Ethik und Politik ins Wanken, und damit der Glaube an eine vernunftgeleitete Entwicklung. Zwar gibt es über die wichtigsten Werte, wie beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte keinen Zweifel. Aber wie diese stärken und stützen? Dies ist möglicherweise einer der heikelsten Punkte. Angesichts der komplexen Situation kommen unterschiedliche Werte so miteinander in Konflikt, daß die Abschätzung des höheren Gutes häufig nicht mehr unmittelbar und konfliktfrei gelingt. Sind Boykottmaßnahmen (zur Friedensabsicherung) gerechtfertigt, wenn darunter vor allem die armen Bevölkerungsgruppen leiden (vgl. z.B. Irak)? Sind das Nichteinmischungsprinzip und die Achtung der Volkssouveränität der inneren Situation in Hinblick auf die Menschenrechte unter- oder übergeordnet (vgl. z.B. Ruanda, Burundi)? Soll ein Staat, der sich Menschenrechtsverbrechen schuldig macht, geächtet werden oder soll mit ihm ein kritischer Dialog geführt werden, um damit weiterhin Ansatzpunkte zu einer politischen Einwirkungsmöglichkeit in der Hand zu halten (vgl. z.B. Iran)?

9

Die system- und evolutionstheoretisch fundierten Konzeptionsversuche wollen in dieser komplexer gewordenen Realität ein Instrumentarium anbieten, das in der Lage ist, diese Situation angemessen zu erfassen. System- und evolutionstheoretische Beobachtungen setzen genau am Punkt der komplexeren Verflechtung an. Dieses erfordert in der Tat einen abstrakteren Ansatz, der den Eindruck erwecken kann, daß die Nähe und damit auch die persönliche Identifizierung mit den drängenden Problemen der Weltgesellschaft auf der Strecke bleibe. Aus der Perspektive des oben beschriebenen entwicklungspolitischen Bildungsmodells mag das so erscheinen. Bei genauerem Hinsehen aber bringt eine system- oder evolutionstheoretisch fundierte Analyse einen größeren Realismus in die Bewertung. Daß bei solchen Konzeptionsversuchen die Fragen der Zielorientierung und der sinnvollen Handlungsschritte erst sehr spät ins Spiel kommen, hat durchaus auch etwas damit zu tun, daß die jeweiligen Entwicklungen in der Realität zukunfts offen sind - wie das Wetter von morgen - und die Möglichkeiten einer unmittelbaren und erfolgreichen Einflußnahme und Steuerung begrenzter sind als man möchte.

Anders als das „Parteilichkeitsparadigma“ interpretieren system- und evolutionstheoretische Modelle Veränderungen nicht durch Intentionen, Ursachen oder kausale Ereignisse, sondern sehen sie als Reaktion auf eine vorausgegangene Entwicklung in Form von Strukturveränderungen von Systemen

durch die evolutionären Mechanismen Variation, Selektion und Stabilisierung bedingt. Mit der Evolutions- und Systemlogik wird die wissenschaftliche Reflexion von Veränderungsprozessen von der Einheit einer Handlung mit all den dazugehörigen Elementen wie Objekt, Subjekt, Intention, Medium etc. auf die Differenz zweier Angebote, nämlich einem System und seiner jeweiligen Umwelt, die sich als gegenseitige Variation, Selektion oder Stabilisierung erweisen, umgestellt. Beide Theorieofferten, die Evolutions- und die Systemtheorie untersuchen nicht „Dinge“, sondern Verhältnisse, Relationen, Zusammenhänge oder Entwicklungen. Mit der Systemtheorie werden soziale Systeme in Relation zu ihrer Umwelt beschrieben, mit der Allgemeinen Evolutionstheorie Veränderungen in Verhältnis zu einem zeitlichen „Vorher“ und „Nachher“.

Der Gewinn des Einsatzes systemtheoretischer fundierter Konzepte liegt in der Tat in der Fähigkeit, multidimensionale Probleme und multifaktorielle Einwirkungen auf einen Problemzusammenhang zur Darstellung zu bringen. An die Stelle linearer Kausalität der Handlungstheorie (durch Ursache und Wirkung oder eine Zweck-Mittel-Korrelation) tritt indirekte Funktionalität. Durch die nicht mehr lineare Beschreibung ist einseitige Reduktion von Komplexität nicht mehr möglich, da sich Kausalfaktoren häufig nicht scharf voneinander unterscheiden lassen. Der Erkenntnisgewinn liegt dann darin, daß klarer erkennbar wird, an welchen Stellen angesetzt werden kann, um bestimmte Entwicklungen in eine bestimmte Richtung wahrscheinlicher werden zu lassen. Funktional äquivalente Möglichkeiten werden vorstellbar.

Dieser Ansatz unterscheidet sich dann von dem handlungsorientierten Modell dadurch, daß er nicht mehr davon ausgeht, daß ein Steuerungszentrum existiert, nämlich das eines bestimmten „Machtzentrums“, das man „nur“ im Sinne einer gerechteren Weltgesellschaft zu verändern oder auszuschalten habe. System- und evolutionstheoretische Ansätze wollen der Tatsache Rechnung tragen, daß eine Vielzahl von Steuerungsfaktoren die realen Entwicklungen beeinflussen, auch solche, die menschlichem Zugriff weitestgehend entzogen sind - siehe das Beispiel vom Zusammenbruch des sozialistischen Machtbereichs in Osteuropa.

Systemtheoretische Zugänge desillusionieren, weil sie die Grenzen der eigenen Einwirkungsmöglichkeiten bereits in ihrem theoretischen Ansatz aufzeigen; sie sind aber insofern realistischer als eine handlungsorientierte Konzeption, da sie nachdrücklich bestreiten, daß bestimmte Entwicklungen determinierbar sind.

10

System- und evolutionstheoretisches Denken wird häufig dadurch diskreditiert, daß das damit verbundene Theorieverständnis durch vielfältige Mißverständnisse und Fehlinterpretationen in ein falsches Licht gerückt wird. Wir möchten zwei der geläufigsten Mißverständnisse diskutieren.

Das eine Mißverständnis ist das der teleologischen Determinierbarkeit von Entwicklung mit Hilfe eines evolutionstheoretischen Paradigmas oder anders ausgedrückt, der Sozialdarwinismus als Ideologisierung der Evolutionstheorie. Da evolutionstheoretisches Denken in verschiedenen völkisch und rassistisch geprägten Ideologien mißbraucht und falsch rezipiert worden ist, sei es, so die Meinung mancher Kritiker, für Theoriesätze des globalen Lernens unbrauchbar. Es ist sicherlich richtig, daß die Darwinsche Formel vom „Survival of the fittest“ als das Recht des Stärkeren in verschiedenen Formen des Sozialdarwinismus politisch mißbraucht wurde und als Begründungs- und Legitimationstheorie für viele Verbrechen bis hin zum Holocaust diente. Es ist aber festzuhalten, daß solche Ansätze durch die heutige evolutionstheoretische Debatte in keiner Weise legitimierbar sind. In nicht vertretbarer Weise wurde in sozialdarwinistischen Ansätzen die Evolutionstheorie falsch interpretiert, da davon ausgegangen wurde, daß Selektionsmechanismen steuerbar seien. Die Evolutionstheorie wurde sozusagen in Hinblick auf die Selektion handlungstheoretisch mißinterpretiert - und dies mit fatalen Folgen. Aus scheinbaren 'Naturgesetzmäßigkeiten' wurden unstatthaft politische und pädagogische Direktiven abgeleitet, die die Durchsetzung rassistischer politischer Ideologien begünstigten. Gerade die nationalsozialistische Pädagogik hat durch die „völkisch-politische Anthropologie“, die als „Grundlage deutscher Erziehung“ gesehen wurde und die Ideologie der Typenzucht vertrat, sozialdarwinistisches Gedankengut propagiert und evolutionstheoretisches Denken mißbraucht. Dieser Mißbrauch muß benannt werden. Er darf freilich nicht zu einer pauschalen Zurückweisung evolutionär-systemischer Theorieofferten - auch für globales Denken - führen.

Ein zweites mögliches Mißverständnis liegt in der Annahme, handlungsorientierte und systemisch-evolutionäre Theoriebildung schlossen einander aus. Bereits Luhmann hatte 1978 darauf hingewiesen, daß es nicht mehr möglich sei, „in Handlungstheorien und Systemtheorien eine Alternative zu sehen“; denn eine „Konfrontation von Handlungstheorien und Systemtheorien, aber auch eine lehrbuchmäßige Darstellung dieser und anderer Theorien als selbständige Figuren, stellt

nur den Einblick in die Anforderungen, die an Theorieentscheidungen zu stellen sind“. Systemtheorie fragt danach, wie Handlungen möglich werden, und erklärt damit mit ihrem eigenen Instrumentarium handlungstheoretische Prämissen. Konstitutive Elemente sozialer Systeme werden so erklärt. Aus systemtheoretischer Sicht werden Handlungen deshalb über Intentionen und Erwartungen in Form von Zurechnungsprozessen konstituiert, z.B. durch Personalisierungen und die Betonung der Durchsetzung von Intentionen eines Subjektes. System- und Evolutionstheorie vermögen es, handlungstheoretische Theoriebildung metasprachlich zu reflektieren und so in die eigene Theoriebildung einzubetten. Die Wahl einer handlungstheoretischen oder systemtheoretischen Beschreibung ist damit keine Frage von Wahrheit oder Nichtwahrheit, sondern eine Frage, mit welcher Reichweite welche Form von Erklärungen gegeben werden sollen. Entsprechend werden Menschen durch system- und evolutionstheoretisches Nachdenken nicht handlungsunfähig; sie werden nur dazu angeleitet, ihre Handlung in einem größeren Kontext zu sehen und Alternativen immer auch mitzureflektieren.

11

Vor dem Hintergrund system- und evolutionstheoretischer Ansätze wird Erziehungswissenschaft in Hinblick auf eine Pädagogik in weltbürgerlicher Perspektive zu einer Reflexionsinstanz, die hilft, Orientierungen im Dickicht der Komplexität der Globalisierung zu vermitteln. Sie bietet gewissermaßen unterschiedliche Landkarten an, nach denen sich Pädagogen orientieren können. Eine Landkarte wäre jene der „Parteilichkeit“, eine andere diese der „Komplexität“. Letztere läßt die Dinge in einem feineren Maßstab erkennen und ist damit für Navigationen in sehr unübersichtlichen Gewässern geeignet. Hier ist das Pathos der Weltveränderung nicht mehr mitverzeichnet, dazu ist der Maßstab zu klein. Dafür hat sie den Nachteil, schwer verständlich zu sein, so daß einige Übung im Umgang mit den Legenden dieser Karte erforderlich ist. Das Ziel einer Reise allerdings - und dies ist wichtig zu hören, um nicht wieder in die sozialdarwinistische Falle zu laufen - wird durch die Landkarte natürlich nicht mittransportiert, sondern von außen an sie herangelegt. Ein system- und evolutionstheoretischer Zugang wird keineswegs die ethischen Maximen bisheriger entwicklungspolitischer Bildungsarbeit suspendieren, sondern deren Realisierungsmöglichkeiten in einer komplexeren und veränderten Situation realistischer und enttäuschungsfester einschätzen und organisieren. So beeinflußt die Art der benutzten Landkarte natürlich den Weg, der auf der Reise

eingeschlagen wird.

Pädagogisch gesehen raubt der systemtheoretische Zugang sowohl den Pädagogen als auch den einzelnen Bürgern die Illusion der unmittelbaren Einflußnahme auf die Geschichte dieser Welt. Sie macht ihn dafür aber realistischer in der Einschätzung, wo auf bestimmte Prozesse mit einem möglichst hohen Grad an Effektivität eingewirkt werden kann. Die Behauptung, das Subjekt und der freie Wille des einzelnen würden in einem systemtheoretischen Ansatz unkenntlich oder gänzlich ausgeschaltet, ist falsch. Die Einwirkung des handelnden, gestaltenden, planenden, reflektierenden und ethisch wertenden Menschen ist nicht zu bestreiten. Richtig ist aber auch, daß diese Aus- bzw. Einwirkungen von Menschen wiederum nur ein Faktor im Zusammenspiel der Kräfte ist und wir nicht im Vorhinein wissen können, wie sich Folgen von Einflüssen auf bestimmte Zusammenhänge letztlich auswirken. Politik und Pädagogik sind an dieser Stelle zu einer gewissen Bescheidenheit und realistischen Selbsteinschätzung benötigt - die Zukunft ist offen.

12

Komplexität ist unseres Erachtens eine der größten Herausforderungen der Gegenwart. Eines ist sicher: Die gesellschaftlichen Veränderungen einschließlich der technischen Innovationen gehen schneller vonstatten als die Konzepte folgen können, die die Wirklichkeit nachhaltig verändern wollen.

Versuche neuer system- und evolutionstheoretischer Ansätze globalen Lernens bleiben damit natürlich aufklärerischen Zielen verpflichtet, wie dem Einsatz für eine Welt mit weniger Armut, weniger Abhängigkeit, weniger Menschenrechtsverletzung, weniger Leid und Entfremdung. Doch auch den mündigen Bürger überfällt oftmals Konfusion angesichts der Übermacht und Komplexität auf dem Weg zu diesem Ziel. Nicht zufällig finden fundamentalistische Strömungen mehr und mehr Anhänger, die angesichts einer überkomplexen Welt einfache Antworten versprechen. Aber die Lösung kann nicht in einer ideologisch simplifizierten Reduktion von Komplexität liegen. Vielmehr sind neue konzeptionelle Zugänge von enormer Wichtigkeit, um gerade pädagogisches und politisches Handeln unter den Bedingungen komplexer Zusammenhänge und Interdependenzen mit neuen Perspektiven zu versehen.

Oberkirchenrat Dr. Martin Affolderbach ist als Referent im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland zuständig für Ausländerfragen und Friedensarbeit.

Dr. Annette Scheunflug arbeitet als Wissenschaftliche Assistentin an der Universität der Bundeswehr in Hamburg